

Der Mietendeckel wirft Schatten voraus

Nach dem Beschluss des Berliner Senats rumort es in der Immobilienbranche!

Die größte Vermieter-Gesellschaft ?Vonovia? ? mal Eigentümer und mal Verwalter ? kündigte noch im Januar 2019 eine Küchenmodernisierung an. Die Mieter sollten sich ihre Küchen selbst zusammenstellen und danach mit einem Mitarbeiter ein abschließendes Gespräch führen, der die Angelegenheit prüft. Nun kam das Aus für die Küchenmodernisierung. Die ?Vonovia? teilte den Mietern mit, dass die Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen vorerst ausgesetzt wird. Diese Aussetzung wird in den Schreiben mit dem vom Berliner Senat angekündigten Mietendeckel begründet.

Hier zeigt sich, wie solche Unternehmen, die jeden Monat Millionen von Mieteinnahmen haben, völlig verantwortungslos mit ihren Immobilien umgehen. Dem Mieter wird zugemutet, weiterhin in veralteten und maroden Wohnungen zu wohnen, und es drängt sich die Frage auf: Was geschieht eigentlich den Mieteinnahmen? Nur für den Vorstand wäre nun doch etwas zu viel!

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften können alleine den Neubau von Wohnungen in unserem Bundesland Berlin nicht stemmen. Daher sind die Mieter und Verbraucher darauf angewiesen, dass auch private Investoren neuen Wohnraum schaffen. Dies dürfte leicht fallen bei Milliarden von Mieteinnahmen, die für Investitionen zur Verfügung stehen. Der Vermieter würde neue Mieteinnahmen erzielen, und hätte gleichzeitig einen nur sehr geringen Aufwand für Instandsetzungskosten zu erwarten.

Die Haltung der Privatvermieter ist wenig nachvollziehbar und lässt nicht erkennen, dass die Eigentümer ihrer sozialen Verantwortung in einer Gesellschaft wie der unsrigen auch nur annähernd gerecht werden.

Die landeseigenen Gesellschaften übernehmen derzeit von großen Privatvermietern wie zum Beispiel der ?ADO? den Wohnungsbestand. Deshalb bleiben die Mieter vor Mieterhöhungen, die zum Teil schon ausgesprochen wurden, verschont.

Die ?Deutsche Wohnen? hingegen bedrängt ihre Mieterschaft die Mieterhöhungsverlangen, die nach dem 18. Juni 2019 ausgesprochen worden sind, nun endlich zu unterzeichnen. Dieselben Mieter sind oft zusätzlich mit zu hohen Nebenkostenabrechnungen und darin enthaltenen wenig nachvollziehbaren oder nicht umlagefähigen Positionen konfrontiert.

Unser Fazit im Bezug auf den Mietendeckel ist eindeutig: Er muss kommen, um den Wohnungsmarkt zu beruhigen und die Mieten weiterhin bezahlbar bleiben.